

Weltweit 200 Millionen Christen verfolgt

Medienmitteilung

Binz, 28. Mai 2008

Trotz der UNO-Menschenrechtscharta sind Menschenrechtsverletzungen in über 50 Ländern an der Tagesordnung. Drei von vier aus religiösen Gründen verfolgte Menschen sind Christen. Heute werden 200 Mio. Christen systematisch diskriminiert, verfolgt oder sogar mit dem Tod bedroht. Die christliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) will mit der Kundgebung vom 28. Mai 2008 auf dem Münsterplatz in Bern auf die prekäre Situation der verfolgten Christen aufmerksam machen.

Jeder zehnte Christ wird heute diskriminiert, verfolgt oder sogar mit dem Tod bedroht. Um diesen Verfolgten eine Stimme und ein Gesicht zu geben, veranstaltet die christliche Menschenrechtsorganisation Christian Solidarity International (CSI) am 28. Mai 2008 zwischen 13.00 – 15.00 Uhr auf dem Münsterplatz in Bern eine öffentliche Solidaritätskundgebung. Diese Kundgebung solle „den ungehörten Schrei der 200 Millionen verfolgten Christen nach Bern tragen“, begründet Geschäftsführerin Annette Walder das Engagement von CSI. Mit einer Bittschrift will CSI anregen, „dass sich Regierung und Parlament international vermehrt für Religionsfreiheit einsetzen. Auch Muslime in der Schweiz sollen angehalten werden, sich für Religionsfreiheit in islamischen Ländern stark zu machen“.

Acht Nationalräte aus allen Regierungsparteien und aus Nichtregierungsparteien haben ihre Teilnahme an der Kundgebung zugesagt:

- Nationalrat Ruedi Aeschbacher (EVP)
- Nationalrat Adrian Amstutz (SVP)
- Nationalrätin Elvira Bader (CVP)
- Nationalrat Walter Donzé (EVP)
- Nationalrat Oskar Freysinger (SVP)
- Nationalrat Ricardo Lumengo (SP)
- Nationalrat Werner Messmer (FDP)
- Nationalrat Claude Ruedy (LPS)

Alle Landes- und Freikirchen unterstützen das Anliegen. Folgende Kirchen werden mit einem offiziellen Vertreter an der Kundgebung anwesend sein:

- Dr. Heinz Gstrein, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz (AGOK)
- Abt Mgr. Joseph Roduit, Katholische Kirche
- Max Schläpfer, Präsident Verband evangelischer Freikirchen und Gemeinden (VFG)
- Pfr. Christoph Schuler (Christkatholische Kirche)

Mit der Kundgebung will CSI laut Annette Walder auch „einen Paradigmenwechsel in den christlichen Kirchen in der Schweiz auslösen. Wir leben in einem Land mit Religionsfreiheit. Viele Christen in der Schweiz sind sich noch nicht bewusst, wie schlimm die Christenverfolgung heute ist.“



Christian Solidarity International (CSI)

CSI ist eine christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und hilft Glaubensverfolgten, Not leidenden Kindern und Katastrophenopfern. Gegründet wurde CSI vor über 30 Jahren. Auslöser für die Gründung des Werkes waren 1975 Schweigemärsche in Bern und in Zürich für die verfolgten Christen in der früheren Sowjetunion. CSI will dazu beitragen, dass alle Menschen in Freiheit leben und aus freien Stücken ihren Glauben wählen und praktizieren können (Art. 18 der UNO-Menschenrechtserklärung). Heute ist CSI in 11 Ländern vertreten. Am Hauptsitz in Zürich arbeiten 18 Personen. Geschäftsführerin ist Annette Walder.

Stiftung CSI-Schweiz

Zelglistrasse 64

Postfach 70

8122 Binz

Telefon 044 / 982 33 33

Telefax 044 / 982 33 34

ueli.haldemann@csi-schweiz.ch

www.csi-schweiz.ch